

Roger Matthews, Jock Young (Hg.): The New Politics of Crime and Punishment, Cullompton/UK 2003 (Willan Publishing), 260 S., 30,90 €

Die Institution Verbrechen und Strafe in ihren unterschiedlichen politischen und ideologischen Handlungsdimensionen und Darstellungsformen steht im Mittelpunkt des vorliegenden Bandes. Er befasst sich mit der kriminalpolitischen Phase in Großbritannien seit Beginn der 1990er Jahre und versammelt elf Beiträge von Autoren, die allesamt der kriminologischen Forschungsgruppe der Middlesex Universität eng verbunden sind. Besonderes Augenmerk wird der Politik von „New Labour“ unter Tony Blair gewidmet, die seit 1997 die sicherheitspolitische Richtung vorgibt. Im Zentrum der Betrachtung stehen Entwicklungen, die in Deutschland unter Begriffen wie Kommunale Kriminalprävention, Privatisierung, Deregulierung, Kriminalitätsmanagement oder Budgetierung abgehandelt werden. Damit verbunden ist ein Perspektivenwechsel, der sich sukzessive von der übergeordneten nationalen Politikebene absetzt, um sich in stärkerem Maße lokalen, eher kleinräumig ausgerichteten Bearbeitungs- und Lösungsansätzen zuzuwenden. Heutzutage gilt ja vieles als „neu“. Ob die staatliche Verbrechen- und Strafenpolitik, gegenwärtig eher adaptiv als „Kriminaljustizsystem“ verkürzt dargestellt, durchgehend in diesen Innovationsrahmen passt, bleibt durchaus fraglich.

Der Grundsatzartikel von Young und Matthews geht in der Hauptsache auf die Inklusions-Exklusions-Dichotomie ein und verbindet diese mit dem Leitmotiv von „New Labour“ im postfordistisch organisierten Kapitalismus: die Hinführung zur Arbeit oder die Zurückführung in die Arbeit. Die so genannte „Politik des dritten Wegs“ versucht demnach, das als grundsätzlich wahrgenommene Problem der Abhängigkeit von wohlfahrtsstaatlichen Leistungen, das in übertragener Form weitgehend eine Verlängerung der These von der Verstetigung ungünstiger und desintegrativer familialer Verhältnisse darstellt („Sozialhilfeadel“ bzw. „welfare queen“), dadurch zu beseitigen, dass präventive, wiedereingliedernde und Grundbestand sichernde Strategien praktisch umgesetzt werden. Die basalen Strukturprobleme können dadurch aber nicht wegeskamotiert werden: Zwar steigen und fallen die Kriminalitätsraten wie Börsenkurse; es ergibt sich insgesamt aber eine kriminalgeographische Segregation. Auch wenn die Gesamtkriminalität sinkt, bleiben Zonen mit hoher Kriminalitätsbelastung, die auf die stärker werdende Ungleichheit in der Gesamtverteilung verweisen. Neben dem informativen Überblick, den der Beitrag ohne Zweifel bietet, hätte man sich eine deutlichere theoretische Akzentuierung gewünscht, die etwa, freilich in allgemeinerer Form, der prominente Landsmann Bob Jessop (*The Future of the Capitalist State*, 2002) durch Rückgriff auf regulationstheoretische Prämissen (Akkumulationsregime und politische Regulationsweise) anbietet.

Die folgenden vier, eher theoretisch ausgerichteten Beiträge befassen sich mit kriminalpolitischem Populismus (Jock Young), dem so genannten „Macpherson Report“ (John Lea), dem Umgang mit Kinderdelinquenz und Jugendkriminalität (John Pitts) sowie der altbekannten Suche nach Kriminalitätsursachen innerhalb zerrütteter Familienverhältnisse oder das, was man dafür hält (Jayne Mooney). Das Problem von „New Labour“ lag schlicht und ergreifend darin, dass die offiziellen Kriminalitätsraten in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre um knapp ein Viertel zurückgegangen waren. Wir wissen allerdings seit Stanley Cohens bahnbrechender Studie über Volksteufel und Moralpaniken hinlänglich genau, dass die öffentlich in Szene gesetzten Bedrohungen eher wenig mit amtlichen Daten, dafür aber umso mehr mit medial fokussierten Unsicherheitsszenarien zu tun haben. Auch der Macpherson Report, der sich mit institutionellem Rassismus innerhalb der Polizei auseinander zu setzen hatte und der aufgrund eines Mordes an einem jungen Schwarzen durch eine Gruppe weißer Rassisten im Jahre 1993 zu Stande kam, setzt sich ideologiekritisch mit der betreffenden polizeilichen Aufklärungsarbeit auseinander und deutet auf notwendige institutionelle Veränderungen der Polizeiorganisation. Der kriminaljustizielle Umgang mit Kinder- und Jugenddelinquenz in historischer wie vergleichender Perspektive ist Gegenstand des Artikels von Pitts. Es zeigen sich jeweils unterschiedliche „Gangarten“, um diesem vermeintlichen Problem Herr zu werden, wobei die populistische Anfälligkeit beim Thema „Jugend“ besonders ins Auge sticht. Das wird auch durch den traurigen Rekord bestätigt, den Großbritannien im Frühjahr 2002 erzielte, als mehr Kinder und Jugendliche hinter Schloss und Riegel saßen als in irgendeinem anderen westeuropäischen Land. Die Familie als Hort maßgeblicher Kriminalitätsursachen ist ein kontrollpolitischer Dauerbrenner. Mooney untersucht die drei Phasen in Form der sozialdemokratischen Nachkriegsregierungen, der konservativen Ära und der „New Labour“ Dominanz. Allen drei ist gemein, dass sozio-ökonomische Zusammenhänge weitgehend abgelehnt und dafür „schwache Familienverhältnisse“ favorisiert werden. Diese können in personalisierter Form entgegen kritischer wissenschaftlicher Expertise dann auch leichter zur Verantwortung gezogen werden.

Die Aufsätze von Woolner und Thom („cannabis“), Lynn Hancock („urban regeneration and crime reduction“) und Denise Martin („policing“) richten sich auf Untersuchungsgegenstände, die ebenfalls nicht unbedingt zum innovatorischen Repertoire gehören. Die Frage, wie mit Cannabis-Konsum öffentlich umzugehen ist, wirkt selbst aus herrschaftspolitischer Perspektive fast schon anachronistisch. Die Rolle benachteiligter lokaler Gemeinschaften im Rahmen kriminalitätsreduzierender Programme lenkt auf einen Aspekt, der bei der Wiederentdeckung des Sozialen schon seit längerem thematisiert wird. Schließlich tritt die Selbstdarstellung der Polizei auf den Plan, die Reformen der Polizeiorganisation ebenso einschließt wie ein öffentlichkeitswirksames Polizeimarketing. Dass man sich heute noch über

Cannabis den kriminologischen Kopf zerbricht, kann nur durch jene politischen Realitäten begründet sein, die zur Inhaftierung und zu sonstiger Übelzufügung aufgrund entsprechender Kriminalisierung führen. Allerdings zeigt die Zustimmung, die der Konsum dieser Droge besonders innerhalb der jüngeren Bevölkerung erfährt, gleichsam eine subkutane Aufhebung der Prohibitionspolitik an. Auch die von Hancock betonte Wiederbelebung lokaler Gemeinschaften und nachbarschaftlicher Beziehungen zum Zweck der Kriminalprävention scheint auf „alte Hüte“ zu verweisen. Immerhin können solche Initiativen aber dazu führen, dass für solche benachteiligten Wohngegenden von öffentlicher Seite überhaupt besondere Anstrengungen unternommen werden, um dem Elend zu begegnen. Ob sich solche Anstrengungen dann zwangsläufig als kriminalitätsmindernd auswirken, harret noch der wissenschaftlichen Aufklärung. Der Beitrag von Martin befasst sich mit der Anwendung des fast schon zum state of the art gehörenden „New Public Management“ (NPM) in Bezug auf den Polizeisektor. Manche (kritischen) Polizeiforscher mögen begrüßen, dass jetzt auch die Polizei ins Fadenkreuz von Unternehmensberatern und ihren verbündeten Gefolgspolitikern gelangt ist. Warum sollte sich auch eine so wichtige gesellschaftliche Instanz wie die Polizei dem dominierenden Trend der „Modernisierung“ verschließen. Schließlich spielt der Darstellungsaspekt, gepaart mit einer eindeutigen herrschaftseingelagerten Prioritätensetzung, für die Polizei eine überragende Rolle – selbst wenn diese nur einen geringen Einfluss auf die Kriminalitätsentwicklung hat.

Den Abschluss bilden drei Stellungnahmen von Patrick Slaughter, Anthony Goodman und Roger Matthews. Im ersten Beitrag geht es wesentlich um den interessanten Aspekt von „social crimes“, d.h. um kriminalisierbares Verhalten, das von erheblichen Bevölkerungsteilen, die dieses zum Teil selbst praktizieren, als legitim angesehen wird (Slaughter). Sodann folgt eine Auseinandersetzung mit dem bestrafungsindustriellen Komplex (Goodman), um den Band mit einer systemtheoretischen Analyse der Strafenpolitik abzurunden (Matthews). Der Zusammenhang von Menschenansammlungen, Demonstrationen und sozialem Protest scheint sich in den vergangenen Jahrzehnten ebenfalls wesentlich gewandelt zu haben. In Anlehnung an Hobsbawm wird eine Strategie der begrenzten Regelverletzung hervorgehoben, die etwa im Fall des Hooliganismus durchaus konservative bis reaktionäre Züge tragen kann. Entscheidend ist die positive allgemeine Billigung, die die Eigenart von „social crimes“ auszeichnet.

Wie sich die Gesellschaft in ihren Grundformationen verändert, von der Revolutionierung der Produktionsweise bis zur deutlich gewandelten Reproduktion der Arbeitskraft, strahlt offenbar auf jenen Bereich, der als „law and order“ oder „social control“ bisher relativ eindeutig umrissen wurde. Dass der Bestrafungskomplex einen erheblichen Aufschwung im Sinne einer industriellen Unternehmung gewonnen hat, ist spätestens seit der Studie von Nils Christie hinlänglich bekannt und wird von Goodman nochmals un-

terstrichen. Was spricht eigentlich dagegen, dass auch die Anwendung von Strafe in ihren unterschiedlichen Staffagen und Schattierungen so gestaltet wird, als wenn es sich um eine ganz normale Dienstleistung handeln würde? Kann die Praktizierung von Strafe technologisiert werden, die Überwachung partieller Gesellschaftssphären inbegriffen? Die Kritik an der „neuen“ Strafenpolitik scheint allgegenwärtig, so auch in dem Abschlussbeitrag von Matthews. Tatsächlich sprechen die Zahlen, für die USA ohnehin, für weite Teile Westeuropas aber auch, eine relativ deutliche Sprache. Die neue Lust am Strafen sieht einerseits ein ausdifferenziertes Arsenal von Sanktionen für unterschiedliche Typen von Straftätern vor und eröffnet andererseits ein lukratives ökonomisches Feld für profitorientierte Unternehmungen, die einer Privatisierung des staatlichen Gewaltmonopols Vorschub leisten: Das „recycling“ von Straftätern bekommt Konjunktur.

Die Beiträge wurden nach 9/11, aber vor den Londoner Bombenanschlägen geschrieben. Dieses in Erinnerung zu rufen, ist nicht ganz unwichtig, wenn man sich vergegenwärtigt, dass die daraus folgende politische Errichtung von Demarkationslinien einer weiteren Militarisierung der Gesellschaft den Weg ebnet. Es bleibt abzuwarten, ob die „Koalition der Willigen“, die militärisch-imperialistische Dominanz nach außen mit aggressiver Vergeltungspolitik nach innen zu verbinden sucht, im übrigen Westeuropa solche oder ähnliche Chancen besitzt.

Wie von dieser international anerkannten kriminologischen Forschungsgruppe nicht anders zu erwarten, bietet der Band eine Fülle interessanter Einsichten in die gegenwärtige britische Kontrollpolitik. Wer allerdings tiefer liegende theoretische Aufklärung jenseits des engen kriminologischen Kurses erwartet, der sei etwa auf die aktuellen Arbeiten von David Harvey (Der neue Imperialismus, 2005), Manuel Castells (Das Informationszeitalter 1-3, 2003), Hardt und Negri (Empire, 2003; Multitude, 2004), Joachim Hirsch (Materialistische Staatstheorie, 2005) oder Elmar Altvater (Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen, 2005) verwiesen.

Hubert Beste, (Frankfurt/Main, Landshut)